

Aug 84

35 Jahre Kirche in der DDR

Überarbeitete Fassung eines Referats, das wir vor einer HEKS-Gruppe im Juni 84 in Zürich gehalten haben.

Eine der Sachen, die wir in Berlin und im Umgang mit der DDR gelernt haben, ist wohl die Wichtigkeit der Geschichte. Derjenige, der die heutige Situation dieser Stadt und dieses Landes, der die Leute, ihre Einstellungen und ihre Sorgen verstehen will, muß auch die Geschichte dieses Landes, dieser Leute kennen. Und wir haben auch gelernt, daß eine Einschätzung bzw. Beurteilung sowohl der DDR wie auch der Kirche in der DDR nur ungerecht sein kann, wenn sie die historische Entwicklung nicht betrachtet.

Deshalb werden wir jeden Teil dieses Berichts mit einer historischen Darstellung anfangen, die uns dann hoffentlich helfen wird, die gegenwärtige Situation besser zu verstehen.

Bevor wir im zweiten Teil speziell über die Kirche berichten, werden wir im ersten Teil die DDR als sozialistisches Land kurz vorstellen. Das verstehen wir nicht als ein ausreichendes Referat über den realen Sozialismus, seine Ziele und seine Probleme -dazu sind wir leider nicht kompetent- sondern als Information über die Umwelt, in der die Kirche dort lebt.

1. Die sozialistische Gesellschaft in der DDR

1.1 Historische Bemerkungen

Das historische Selbstverständnis der DDR und der anderen ost-europäischen Staaten ist, eine Alternative zu sein; die Alternative zum anderen deutschen Staat, die Alternative zum anderen Europa. Das ist ihre Chance, das ist aber auch eine Herausforderung, die ihr zahlreiche Hindernisse vorbereitete.

Ihr Selbstverständnis war also zuerst und von der ersten Stunde an antifaschistisch. In der DDR -damals SBZ- ist die Entnazifizierung sehr gründlich und konsequent vollzogen worden, sodaß es keine Situation gegeben hat, wie in der BRD später, wo in den Bereichen der Verwaltung, der Erziehung und der Justiz ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei wiederaufgetaucht sind. In der ersten Generation derjenigen, die in der DDR irgendeine Verantwortung in diesen Bereichen

getragen haben, befanden sich praktisch nur Menschen, die aktiv an dem Widerstand gegen die Hitlerdiktatur teilgenommen hatten und die zum großen Teil in KZs gesessen hatten. Diese Entscheidung war nicht als Rache verstanden, sondern als Grundlage und Garantie für ein wahrhaft demokratisches Deutschland. Deshalb wird in der Geschichte der DDR die erste Etappe -der Zeitraum zwischen 1945 und 1949- als "antifaschistisch-demokratische Umwälzung" charakterisiert. Mit dieser antifaschistischen Einstellung hängt eng zusammen, daß der Sozialismus eingeführt wurde. In der DDR ist der Sozialismus nicht die Folge einer Revolution, also auch nicht eines Mehrheitsvotums gewesen, aber: im Laufe des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts gab es eine recht breite Arbeiterbewegung in Deutschland, sodaß der Sozialismus eine gewisse Tradition hatte. Außerdem war es nach dem Krieg der Kommunistischen Partei klar, daß die Katastrophe, in die Deutschland gefallen war, ohne den Kapitalismus nicht möglich gewesen wäre. Deshalb war für die KP nur konsequent, die antifaschistische Einstellung mit der Verwirklichung des Sozialismus zu verbinden. In diesem Sinne sollten von vorn herein eine konsequent durchgeführte Bodenreform und Enteignung der Großindustrie die Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung schaffen.

Infolgedessen versteht sich die DDR als deutscher Staat. Über das deutsch-deutsche Problem wollen wir nicht zurückkommen, sondern in diesem Zusammenhang nur zwei Bemerkungen machen. Durch ihre ganze Geschichte hindurch hat die DDR kämpfen müssen, um als legitimer deutscher Staat allmählich und sehr langsam anerkannt zu werden. Und das hat ihre Suche nach einer eigener Identität erheblich erschwert. Zweitens hat sich das Selbstverständnis der DDR in diesem Punkt leicht verändert: wo sie früher immer betont hat, sie verstehe sich als "Staat der deutschen Arbeiter- und Bauernklasse", beansprucht sie heute mehr als das und hält für wichtig, ihre kulturelle Erbe wieder zu entdecken und zu würdigen (z.B. Luther, Friedrich der Große). Das hat sicherlich zu tun mit dem Identitätsproblem der DDR, denn ihre eigene Identität konnte sie und kann sie nur mit Mühe finden, trotz aller Hindernisse. Denn die ganze Zeit war doch die DDR nur das unbeliebte Kind Europas, von dem niemand wollte, daß es wächst und sich entwickelt.

1.2 Heutige Darstellung

Bevor wir einige Charakteristiken der sozialistischen Gesellschaft der DDR beschreiben, muß eine Sache präzisiert werden. Der Kommunismus, wie ihn Marx, Engels und dann Lenin geschildert haben, ist noch nirgends auf der Erde verwirklicht worden. Alle jetzigen sozialistischen Länder befinden sich in der Zwischenphase zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Der reale Sozialismus ist also keine klassenlose Gesellschaft, hat nicht alle Widersprüche aufgehoben, er ist aber auf dem Weg dazu.

1.21 Politische Organisation

Sehr früh nach dem Ende des Krieges wurde in der SBZ durch die Besatzungsmacht die Gründung von demokratischen Parteien und Gewerkschaften zugelassen, sodaß bereits 45 die KPD und die SPD, die CDU und die LDPD (liberal-demokratische Partei) neugegründet wurden, wobei 1946 gegen erhebliche Widerstände der Zusammenschluß von KPD und SPD und die Gründung der SED beschlossen wurden.

1948 wurden dann zwei weitere Parteien in der DDR gegründet, die DBD (demokratische Bauernpartei) und die NDPD (national-demokratische Partei). Alle Parteien bilden zusammen mit den Massenorganisationen (FDJ, FDGB, usw.) die Nationale Front (NF). Die DDR ist das einzige Land in Ost-Europa, wo mehrere Parteien nebeneinander existieren.

Entsprechend aber der marxistisch-leninistischen Theorie muß die ganze Bevölkerung in eine fortschrittliche Richtung integriert werden; diese Richtung wird zwar in der NF abgesprochen, sie ist aber grundsätzlich von der SED bestimmt. Es gibt also keine parlamentarische Opposition sondern die SED versteht sich als Avantgarde des Proletariats, dh. aller Werktätigen, der die Aufgabe zukommt, alle gesellschaftlichen Wandlungsprozesse zu einer sozialistischen Gesellschaft zu leiten. Sie vertritt die objektiven Bedürfnisse der Arbeiterklasse.

Insofern sind die Massenorganisationen eine Art Verbindungsglieder und die anderen Parteien ebenfalls, wobei diese ganz bestimmte Schichten der Bevölkerung erreichen. Ihre "Verbindungsfunktion" besteht in erster Linie darin, daß sie bei diesen ganz bestimmten Schichten der Bevölkerung die Politik der SED vertreten, wobei sie auch in der NF die Interessen dieser Gruppen einbringen.

Die CDU zum Beispiel hat die ganze Zeit bei der SED die Interessen der Kirche vertreten (in den Anfangsjahren war dies besonders wichtig) aber ihre Funktion besteht weitgehend auch darin, die Politik der SED gegenüber den Christen zu vertreten.

1.22 Bildung

Die Grundlage für das Bildungswesen in der DDR ist der Marxismus-Leninismus. Damit sind alle Einrichtungen dieses Bildungswesens eng der SED verbunden und erhalten letztlich durch diese ihre Zielsetzung und Aufgaben. Es ergibt sich also eine grundsätzliche Einheit der Bildung mit der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung der DDR. Dies wird gewährleistet

- a) durch die vollständige Staatlichkeit des öffentlichen Bildungswesens,
- b) durch dessen Trennung von Kirche und Religionsgemeinschaften
- c) durch dessen Einheitlichkeit (Lehrpläne und Lehrbücher)

In diesem Zusammenhang ist auch verständlich, warum z. B. die Aufnahme in die EOS (Erweiterte Oberschule=Gymnasium) nicht nur durch die Schulleistungen, sondern auch durch die gesellschaftliche Tätigkeit (Mitgliedschaft und Aktivität in einer Massenorganisation) bedingt ist.

Das erklärt z. B. warum manche christliche Schüler Schwierigkeiten haben: es geht nicht darum, daß ein Schüler, weil er Christ ist, benachteiligt wird, sondern er wird vielleicht benachteiligt, wenn für ihn das Christsein unvereinbar mit einer aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist. Aber um diese Haltung zu haben, die seine Studiumsmöglichkeiten verringern, braucht er nicht Christ zu sein. Dabei muß erwähnt werden, daß die Pfarrkinder gegenüber anderen Gemeindemitgliedern privilegiert behandelt werden. Von ihnen erwartet man nämlich weniger, daß sie sich gesellschaftlich engagieren, und wenn sie sonst gute Zensuren bekommen, haben sie relativ gute Studiums-chancen.

1.23 Probleme

Zum Schluß möchten wir einige Probleme nennen, die sich im Moment in der DDR stellen. Uns scheint, daß gerade im Bereich der Bildung -wo sich die DDR ziemlich anspruchsvolle Ziele gesetzt hat- eine gewisse Unwirksamkeit zu merken ist. Einen Menschen zur sozialis-

tischen Lebensweise zu erziehen ist sicherlich nicht leicht, und scheinbar werden heute die Menschen vom Konsumdenken mehr angezogen als vom Sozialismus. In diesem Zusammenhang möchten wir zwei Erscheinungen nennen: die Privatisierung des Lebens und die Resignation.

1) Die DDR ist jetzt so entwickelt, daß sie als das reichste Land innerhalb der RGW gilt. Es gibt zwar, besonders in der "Provinz" Versorgungsprobleme, aber im großen und ganzen ist das Konsumangebot befriedigend. Da aber die Arbeitsproduktivität doch noch zu wünschen läßt, werden die Arbeiter durch die Anschaffung von Luxusprodukten angeregt. Die in den letzten Jahren verbreitete Parole "Leiste was, leiste Dir was" zeigt ziemlich deutlich, daß dem Konsum immerhin eine erhebliche Rolle zukommt. Eine immer größer werdende Zahl von Arbeitern besitzen bereits Auto und "Datscha", schaffen sich ständig neue Teile der Einrichtung an und ziehen sich so oft wie möglich in diese "friedliche" und ruhige Oase zurück.

Dieser weitverbreitete Lebensstil führt ganz eindeutig zu einer Privatisierung des Lebens. Es entsteht eine "Nischengesellschaft". Der einzelne ist nicht mehr in der Lage, für die Gemeinschaft und mit der Gemeinschaft zusammen eine Verantwortung zu tragen.

2) Das zweite Problem neben der Privatisierung tritt besonders bei der Jugend ein: eine gewisse Hoffnungslosigkeit oder Resignation. Sicherlich hat die Resignation insofern mit der Privatisierung zu tun, daß beide Haltungen Reaktionen gegenüber der Tatsache sind, daß nichts mehr zu bauen, praktisch nichts mehr zu erkämpfen ist. Die Generation derer, die heute zwischen 15 und 30 sind, ist in eine fertige Gesellschaft hineingeboren worden. Außerdem wurden ihr in der Schule die tollen Ideale der sozialistischen Gesellschaft beigebracht und jetzt muß sie damit fertig werden, daß es zwischen diesen Idealen und der widersprüchlichen Wirklichkeit eine gewisse Kluft gibt. Diese Kluft und die ziemlich gründliche Perspektivlosigkeit, etwas an der wachsenden Unsicherheit der weltlichen Situation ändern zu können, führen bei vielen jungen Menschen zum Desinteresse gegenüber den kleinen möglichen Schritten innerhalb der eigenen Gesellschaft.

Diese beiden Aspekte beeinträchtigen erheblich die Entwicklung der DDR und sind unserer Meinung nach auf die folgenden Tatsachen zurückzuführen:

1. Auf die Tatsache, daß die angewandten Erziehungsmethoden nicht in der Lage sind, die Leute zu einer Identifizierung mit der offiziellen Politik zu bringen.
2. Auf die Tatsache, daß die Gesellschaft als sehr steif empfunden wird und daß es sehr mühevoll ist, irgendetwas zu lockern.

2. Die Kirche in der DDR

2.1 Historische Darstellung

Erste Phase: von 1945 bis Anfang der 50er Jahre

Die plötzlich eingetretene neue politische Umwelt bedeutete 1945 für die Kirche ungefähr soviel wie ein Sprung ins kalte Wasser. Denn sie war nicht nur in ihren ganzen knapp 2000 Jahre langen Geschichte immer irgendwie Staatskirche gewesen, noch dazu hatte sie ihre jüngste Vergangenheit in der Weimarer Republik und im dritten Reich noch gar nicht verarbeitet, als plötzlich der sozialistische deutsche Staat gegründet wurde.

Ein Staat, der seinen Atheismus proklamierte, eine ziemlich bedrohliche Religionskritik trieb und wohl entschlossen war, der Kirche keine Macht zu vergeben.

Und in den ersten Jahren haben sich die Christen insgesamt keine große Gedanken darüber gemacht, abgesehen von einigen Ausnahmen. Genauso wie die Partei dachte, es wäre ja mit der Kirche eine Sache von ein paar Jahrzehnten, dann würde sie sich selbst aufgelöst haben, so dachte auch die Kirche von diesem Staat: irgendwie wird es schon anders werden. Es kann doch nichts anderes sein als ein Übergang, den man schweigend zu ertragen hat !

Aber langsam mußten sie sich an den Gedanken gewöhnen, daß es lange dauern könnte mit der DDR und daß sie vielleicht auch da ihren Auftrag als Christen haben.

Zweite Phase: Von den 50er Jahren bis zur Gründung des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, 1969

Es sind dann isolierte Stimmen, die zu einer Neubesinnung der Kirche aufrufen, die dazu auffordern, die Überwinterungsmentalität zu lassen, zugunsten eines konstruktiven Verhältnisses gegenüber Staat und Gesellschaft (cf. Begriff der Pro-Existenz).

Verschiedene Gedanken spielten dabei eine Rolle. Ich zitiere aus einem Referat, das Günter Jacob 1956 vor der EKD Synode in Berlin-Spandau gehalten hat. "Die Frage nach dem Raum für das Evangelium in einer nicht-christlichen Welt im Osten und im Westen, die das uralte Bündnis schon aufgelöst oder doch aufgekündigt hat, ist uns allen von hier aus gemeinsam trotz der Unterschiedlichkeit der jeweiligen Lage aufgegeben. Es muß also von uns gemeinsam die Antwort gesucht werden, die uns im Osten und im Westen aus falschen Bindungen befreit und uns den vom Evangelium her gebotenen Weg in der veränderten Welt von heute entdeckt."

Erster Gedanke also: die konstantinische Zeit ist zu Ende; es tritt zwar besonders hervor, wenn die Kirche im realen Sozialismus zu existieren hat, aber spätestens nach dem Krieg zeigt sich diese neue Situation auch in allen europäischen Ländern.

Ein zweiter Gedanke war, daß man auch in der DDR mit Römer 13 (über die Obrigkeit) etwas anfangen kann. "Auch diejenige Obrigkeit, die sich von einer Ideologie her versteht, wird ihrer göttlichen Bestimmung nicht entrinnen können" (Hamel, Naumburg, 1957).

Damit hängt aber zusammen, daß die Kirche auch selbstkritisch ihre so lange antikommunistische Tradition betrachtet.

Alle diese Gedanken waren aber für das meiste Kirchenvolk eine echte Zumutung und erweckten bei manchen den Verdacht der Anpassung. Denn sie erlebten nicht nur eine gewisse Feindschaft von der Seite mancher Funktionären, sondern der Mauerbau 1961 verbreitete auch in der Kirche -und nicht nur in der Kirche- Resignation und Depression.

Zaghafte war also die Suche der Kirche nach einer neuen Identität, aber es war immer mehr Leuten klar, daß das Status quo einer einzigen kirchlichen Struktur für die beiden deutschen Staaten dabei nicht mehr behilflich war.

1969 also wurde der evangelische Kirchenbund gegründet, und damit die rechtlich-organisatorische Trennung der acht evg. Landeskirchen der DDR von den EKD-Schwesterkirchen in der BRD vollzogen. Dieses Ereignis, nicht von allen Christen mit Begeisterung begrüßt setzte einen Ausgangspunkt für einen tiefgreifenden Lernprozess.

Dritte Phase: Von 1969 bis zum historischen Gespräch am 6. März 1978

Die Entwicklung des Selbstverständnisses der Kirche in dieser Phase kann mit folgendem Satz zusammengefaßt werden. Sie hat angenommen und gelernt, was Kirche sein im Sozialismus bedeutet.

Diese Formel "Kirche im Sozialismus" taucht zum ersten Mal während einer Synode in Eisenach 1971 auf. "Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen sondern Kirche im Sozialismus sein". Damit war sozusagen ein Programm gegeben, das der Kirche noch lange zu schaffen geben würde. Das Spitzengespräch am 6. März 78 zwischen Regierungschef Honecker und Bischof Schönherr ist zwar eine wichtige Konkretisierung dessen, was dieses neue Selbstverständnis bedeutet, aber keinerlei Schlußwort gewesen.

"Kirche im Sozialismus", das bedeutet zuerst eine Standortbestimmung. Endlich hat die Kirche bewußt wahrgenommen, wo sie lebt. Zwar übt die EKD reichlich Einfluß über sie, was nicht unproblematisch ist, aber immerhin hat der Bund der Kirchen in der DDR seine eigene Organisation.

"Kirche im Sozialismus" bedeutet auch eine Auftragbestimmung. Die Christen in der DDR erkennen dadurch, daß sie nicht gegen die anderen, sondern für die anderen da sind.

Die Kirche will auch erkennen, daß sie von jetzt an nicht mehr auf der Seite der Machthaber steht. "Kirche im Sozialismus", das ist eine Kirche, die auf Privilegien verzichtet, die keine Macht mehr beansprucht.

Da sie aber an etwas ganz anderes gewöhnt war, bedeutet es für sie den Anfang eines langen und manchmal anstrengenden Lernprozesses, hauptsächlich was den Verzicht auf Privilegien betrifft, und nicht zuletzt was die Vorurteile gegenüber alles, was marxistisch-leninistisch oder "kommunistisch" ist. Dieser Lernprozess ist übrigens heute noch nicht zu Ende. 35 Jahre sind kurz, verglichen mit 2000!

Das Gespräch am 6. März ist nichts anderes als eine Etappe auf diesem Weg. Eine Etappe allerdings, die auch gezeigt hat, daß der Staat diese Entwicklung im Selbstverständnis der Kirche in der DDR ernstgenommen und gewürdigt hatte.

Schon 1976 übrigens hatte der Staat schon ein Signal dafür gegeben, als er der Kirche zusicherte, künftig auch in großen Neubaugebieten und neuen Städten Gemeindezentren zu errichten. Damit war das Über-

leben der Kirche in den hundert und mehr folgenden Jahren sozusagen akzeptiert!

Vierte Phase: Die Kirche seit 1978, Hinwendung zu der DDR-Gesellschaft.

Folgende Geschichte wird in der DDR erzählt: ein paar Monate nach dem 6. März haben sich Honecker und Schönherr wieder getroffen, anlässlich einer grossen offiziellen Veranstaltung. Dabei soll Honecker zu Schönherr gesagt haben: "Wir haben beide Mühe, dieses Gespräch in unserer jeweiligen Basis durchzusetzen!". Diese kleine Story zeigt deutlich das Klima und zugleich die Schwierigkeit der Beziehung zwischen Staat und Kirche. In ein paar kurzen Bemerkungen möchten wir versuchen, die Qualität des Gesprächsklimas seit 1978 zu schildern.

In der DDR-Regierung hat sich seitdem die Tendenz durchgesetzt, die an Mitarbeit mit den Christen interessiert ist. Das hat mehrere Konsequenzen:

- man ist der Meinung, daß die christliche Religion noch sehr lange in der DDR bestehen wird. Auf die Frage, wie lange die Kirche im Sozialismus noch leben würde, antwortete K. Gysi, Staatssekretär für Kirchenfragen: "Das ist eine unhistorische Frage"!...
- diese Tatsache wird u.a. auch dadurch erklärt, daß es im real existierenden Sozialismus objektive Gründe gibt, die die Religion weiterbestehen läßt: unzureichende Entwicklung der ökonomischen, politischen und sozialen Praxis und der sozialen Beziehungen.
- die Christen sind also als Mitgestalter im Sozialismus angenommen. Die Kirche hat einen selbstverständlichen Platz in der sozialistischen Gesellschaft bekommen. Sie ist nicht nur Gesprächspartner, sondern sie kann auch Bündnispartner werden. Die Geschichte der DDR hat gezeigt, daß einige Anregungen des Marxismus auch von Christen geteilt werden können. Die humanistischen Ziele des Christentums ermöglichen es. Sie ermöglichen auch, daß Christen an wesentliche Gebiete konstruktiv mitarbeiten: Friedenserhaltung, Abrüstung und Entspannung, Gesundheits- und Sozialpolitik, Einfluß auf die Bürger im Sinne einer politischen Aktivierung, humanitäre Hilfe, Sympathie für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, Kampf gegen den Rassismus und Neokolonialismus. Konkret heißt das, daß Marxisten dem Glauben einen realen Wert in historischen Entwicklungen geben.
- ausserdem wird grundsätzlich eine Tendenz in der Kirche begrüßt,

die als "Hinwendung zum Sozialismus" bezeichnet wird, und die das bisherige "Akzeptieren" des Sozialismus aufhebt. Solche Begriffe sind allerdings nur als methodische Hilfe gedacht, denn man ist sich der Widersprüchlichkeit des Prozesses bewußt. Immerhin beschreibt dieses Stichwort tendenziell die heutige Positionsbestimmung dieses Prozesses.

-Wert muß darauf gelegt werden, daß die Bündnispolitik der DDR keine Taktik ist, sondern ein Grundprinzip der kommunistischen Partei. Der philosophisch-weltanschauliche Grundgegensatz bleibt bestehen und keiner denkt daran, ihn aufzuheben. Die Praxis zeigt aber, daß eine Menge Zusammenarbeit möglich und auch erforderlich ist, bis dieser kritische Punkt erreicht wird.

Wenn man jetzt die Entwicklung seitens der Kirche betrachtet, muß man wohl feststellen, daß die Auseinandersetzung mit dem Marxismus nicht so entwickelt ist wie umgekehrt. Sie wird eigentlich nicht gewünscht. Die Kirche ist zunächst froh und dankbar darüber, daß ihre Position gefestigt ist.

- man kann sagen, daß die Kirche sich jetzt in einer Ausbau- und Aufbauphase befindet. Es kommt jetzt darauf an, diese Vertrauensbasis zu vertiefen und zu vollziehen, sich der Qualität dieser "Kirche im Sozialismus" zu widmen. Wenn die Kirche ernstgenommen wird, muß sie auch ernster Gesprächs- und Verhandlungspartner sein, auf allen Ebenen. Wenn sie zur Mitarbeit an gesellschaftliche Probleme aufgerufen ist, muß sie auch das verantworten können. Die diakonische Tätigkeit gilt hier als Vorbild von kirchlicher gesellschaftlicher Mitarbeit. Die Verantwortung der Kirche dehnt sich mit ihrem Freiraum aus. Ihre Positionsbestimmung in der DDR und ihr Auftrag wird an ihre gesellschaftliche Arbeit gedeutet und gemessen.

- festzuhalten bleibt auch, daß das Selbstverständnis der Kirche sich, zwar langsam aber immerhin, auf die Gesellschaft und ihre Probleme öffnet. Diese Entwicklung, hin zu der DDR-Gesellschaft, ist aber spürbar, und hat sich seit ein paar Jahren wesentlich verstärkt.

- parallel dazu, und das hängt natürlich damit zusammen, traut sich die Kirche auch mehr, auf internationale politische Probleme Stellung zu nehmen, meistens in unterstützender Weise zu der Aussenpolitik der Regierung. Zwei Beispiele sind hier erwähnenswert, weil solche Kirchenstimmen noch selten sind: das erste Beispiel ist die deutliche Absage an die atomare Abschreckungstheorie, und die darauf folgende Ablehnung der Stationierung neuer amerikani-

scher Atomraketen in der BRD letztes Jahr, sowie das Bedauern und Ablehnen der Gegenmaßnahmen in der DDR und CSSR. Das zweite Beispiel eines politischen Engagements ist die Unterstützung Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, und die sehr freundschaftlichen Beziehungen zu vielen Kirchen dieser Regionen. Das Antirassismusprogramm des ÖRK sowie der Sonderfonds werden unterstützt ohne wenn und aber. Das Gleiche gilt für Nicaragua. Die Kirchen der DDR bemühen sich z.B. im Moment um engere Beziehungen mit der Kirche von Mocambique. - das bringt mich zu einer anderen wichtigen Entwicklung dieser letzten Jahren, nämlich die grosse Attraktivität der Arbeit des Weltkirchenrates. Ein ökumenisches Selbstbewußtsein ist der DDR-Kirche sehr wichtig, hauptsächlich deswegen, weil die Mehrheit der Mitgliedskirchen auch missionarisch und diakonisch gerichtet sind, und Minderheitskirchen sind. Der Kontakt mit diesen Kirchen, die ähnliche Lebensbedingungen haben, ist wichtig.. Und das betrifft sowohl die osteuropäischen Kirchen wie die Kirchen in der Dritten Welt. Die Wichtigkeit der Ökumene für die Christen der DDR ist z.B. darin zu spüren, daß der Zentralausschuß des ÖRK 1981 in Dresden getagt hat. Das letzte Ereignis in dieser Hinsicht ist der Besuch von Roger Schütz in Dresden, Ende Mai dieses Jahres.

Um diesen historischen Rückblick zu schliessen, möchten wir diese Entwicklung der Beziehung zwischen Staat und Kirche kritisch nachfragen, und die Gefahr eines "Neo-Konstantinismus" erwähnen, die letztes Jahr manchen aufgefallen war:

Manche haben sich gewundert, daß die Lutherfeier so harmonisch gelaufen sind. Plötzlich sind Staat und Kirche so einig über traditionelle Konfliktpunkte erschienen, haben alle die guten Beziehungen unterstrichen, das gemeinsame Interesse ausgesprochen, und eine deutliche Annäherung in der Frage der Wichtigkeit und Rolle Luthers für das Mittelalter erreicht, als ob Staat und Kirche wieder Hand in Hand gehen würden, wie im konstantinischen Verständnis der Kirche. Die anscheinende Selbstverständlichkeit ungewöhnlicher riesiger kirchlicher Massenveranstaltungen wie die Kirchentage, und die öffentliche überfreundliche Stimmung zwischen Regierung und Kirchenleitung haben manche geärgert -auch in der Partei- und den Eindruck erweckt, als ob die Kirche sich dem Staat verkaufte, bzw. als die Marxisten jetzt den Christen unglaublich dankbar waren, daß es damals einen Luther bzw. einen Jesus gegeben hatte !

Diese Lutherjahrsstimmung, ein positiveres Bild des Glaubens und der Rolle der Kirche in der DDR, manche Privilegien für die Kirche in der Gesellschaft, die Möglichkeit für die Kirche, nicht nur in der Diakonie aber jetzt auch in der kulturellen Erbe eine Funktion in

der Gesellschaft zu vertreten, das sind Elemente einer neo-konstantinischer Tendenz in der Staat-Kirche Beziehung, von der man nicht weiß, ob sie sich noch ausdehnen wird. Es ist übrigens interessant zu merken, daß diese Tendenz in der Kirche genau so als empörend wie auch als erfreulich empfunden wird.

Obwohl diese Thema schwierig ist, zu behandeln heute schon, muß man u.E. doch diese Gefahr als übertrieben betrachten, denn:

einerseits kann man nur begrüßen, daß es eine Entspannung gibt zwischen zwei traditionellen Feinden. Diese Entspannung hat viel Zeit und Gesprächsbereitschaft gekostet, und kann nicht so pauschal in Frage gestellt werden. Das tut und will übrigens auch keiner. Andererseits aber ist wohl die Frage da, bis wohin es gehen soll, ob wirklich der Staat oder die Kirche ernst vor hat, langfristig ein Bündnis neuer Art zwischen Thron und Altar zu schließen ! Und auf diese Frage wird wohl jeder mit Nein antworten ! Fest dabei bleibt u.E. folgendes:

- es ist klar, daß solch ein Ereignis wie das Lutherjahr für den Staat auch eine propagandistische Wirkung haben soll, nämlich zu zeigen, daß es den Christen im Sozialismus gar nicht schlecht geht. Angesichts verbreiteter Vorurteile im Westen über die "Katakombenkirche" usw. kann man verstehen, daß der Schwerpunkt offiziell auf das gute Verständnis zwischen Christen und Marxisten in der DDR gelegt wird.

- es ist auch Tatsache, daß die Kirchen in der DDR nie soviel Möglichkeiten und Freiraum gehabt haben wie jetzt. Man kann ruhig sagen, daß die Kirchen voll anerkannt sind, was nicht immer der Fall gewesen ist.

- Tatsache ist weiter, daß die DDR nach einer deutschen sozialistischen Identität sucht, und daß sie dabei manche bisher mißachtete oder weggelassene historische Figuren wieder erwähnt oder würdigt. Das betrifft aber nicht nur christliche Figuren.

- es wäre u.E. aber falsch, das verallgemeinern zu wollen. Wenn die Kirche in der diakonischen Arbeit oder kulturellen Erbe ein größeres Gewicht zurückbekommt, bedeutet es längst nicht, daß die Kirche an politischentscheidende Macht gewinnt, und auch nicht, daß der Staat die christliche Tradition für sich vereinnahmen will. Das bedeutet wohl aber, daß die Marxisten viel differenzierter mit der Geschichte umgehen als bisher vielleicht, und daß sie einige bestimmte Traditionen in der christlichen Tradition als fortschrittlich oder historisch wichtig betrachten, daß sie also zu dem Aufbau des Sozialismus nicht unbedingt überflüssig und parasitär sind.

2.2 Heutige Darstellung

Es war unserer Meinung nach wichtig, die Entwicklung des Selbstverständnisses der Kirche im Laufe der Jahre so ausführlich zu beschreiben, um ihre Chancen in der heutigen Gesellschaft gut schätzen zu können, um die Sackgassen auch, in denen sie manchmal stecken bleibt, verstehen zu können. Nun aber möchten wir versuchen, ein Bild von dieser Kirche heute zu entwerfen. Dabei werden wir die folgenden Aktivitätsbereiche der Kirche in der DDR beschreiben: Gemeindegarbeit in den Neubaugebieten, Diakonie, offene Jugendarbeit, Frieden und Ökologie.

Gemeindegarbeit in den Neubaugebieten: Auf der Suche nach neuen Strukturen

In den neuen Städten und Dörfern, wo Betonhäuser manchmal ganz plötzlich nacheinander aus der Erde wachsen, sind die Probleme, mit denen eine Gemeinde konfrontiert wird, nicht wesentlich anders als in anderen Gebieten, sie sind aber extrem zugespitzt. Die Zahl der Kirchenmitglieder z.B. sinkt regelmässig in der ganzen DDR, sie ist aber in den Neubaugebieten extrem niedriger als der Durchschnitt. Das zeigt u.a., daß es auch in der DDR "Traditions- oder Gewohnheitschristen" gibt, die dann die Gelegenheit des Umzugs nutzen, um die Bindung zur Kirche fallen zu lassen.

In einem alten kleinen Dorf der DDR kann man vielleicht immer noch mit den alten Strukturen der Volkskirche etwas anfangen, den sonntäglichen Gottesdienst als Zentrum der Gemeinde betrachten, sowie den Pfarrer neben dem Bürgermeister als die beiden Persönlichkeiten des Dorfes ansehen. Und in manchen Dörfern ist es tatsächlich so. Aber solche Gemeinden sind mehr oder weniger langfristig zum Absterben verurteilt. Denn sie sind nicht mehr oder sehr begrenzt in der Lage, die jüngere Generation anzusprechen.

Deshalb sind seit schon langer Zeit Pfarrer und Mitarbeiter von Neubaugemeinden dabei, nach neuen Möglichkeiten des Gemeindelebens zu suchen, die der Tatsache gerecht sind, daß Christsein heutzutage wohl gemerkt nicht nur in der DDR- gar nicht mehr selbstverständlich ist.

Über diese Gemeinden ist auch hier schon öfters gesprochen worden. Jetzt sei aber nur ein Beispiel dargestellt.

In den meisten Neubaugemeinden hat sich eine Gruppe gebildet, die systematisch Besuche macht, um sich vorzustellen und um herauszufinden, wer den weiteren Kontakt zur Kirche wünscht und wer nicht. Die zweite Etappe ist dann die Integration der Interessierten in das Leben der Gemeinde. Das kann z.B. so passieren: Interessierte Bewohner benachbarten Häuser werden eingeladen, zusammen an einer Rüstzeit teilzunehmen, wo sie sich kennenlernen und über verschiedene, biblische und nicht-biblische Themen austauschen. Nach den zusammen verbrachten Tagen wird vorgeschlagen, daß die Gruppe als solche weiterbesteht und einen Hauskreis bildet, der sich einmal im Monat trifft, jeweils in der Wohnung eines Mitglieds. Einige Monate lang bleibt der Pfarrer dabei, mit dem Ziel, daß der Kreis nach dieser Zeit stabil genug ist, um ohne ihn weiterzumachen. Dann wird ein Gruppenleiter ernannt, der im direkten Kontakt mit dem Pfarrer bleibt. Jedes Jahr werden neue Gruppen gebildet, und auf diese Weise eigenverantwortlich. Die in den Gruppen besprochenen Themen werden von den Gruppenleitern zusammen mit dem Pfarrer bestimmt: Bibelarbeit, aktuelle Themen, persönliches Problem eines Mitglieds, usw. Wenn das Bedürfnis besteht, bereitet der Pfarrer für die Gruppen eine Diskussionsbasis vor.

Solche Versuche -es gibt davon zahlreiche Beispiele- finden wir deswegen irgendwie faszinierend:

1. Sie zeigen, daß eine neue Rollenverteilung zwischen Laien und Pfarrern möglich ist, und ändern damit natürlich auch das Pfarrerbild. Sie bieten dadurch eine ermutigende Alternative zum "Ein-Mann-System" der volkshirchlichen Gemeinde. Im Team der Gemeinde sind ehrenamtliche Mitarbeiter (Gruppenleiter) und hauptamtliche Mitarbeiter (Pfarrer, Diakon) gleichberechtigt. Der Pfarrer ist zwar Koordinator, muß aber seine Verantwortung delegieren. Er bringt etwas in Bewegung, aber danach läuft es auch ohne ihn. Er ist der theologische Berater, dafür -und nur dafür- ist er auch ausgebildet, aber er verteilt nicht von der Kanzel herab sein Wissen. Denn was die Laien in den Hauskreisen machen ist tatsächlich Theologie, wobei sie, im Gegensatz zum Pfarrer, einen alltäglichen Kontakt zum gesellschaftlichen Leben haben. Es ist sehr wichtig, daß den "normalen" Arbeitern, die außerdem über ihren christlichen Glauben nachdenken wollen, eine immer größere Verantwortung im Zeugnis des Evangeliums zukommt.

2. Sie inaugurieren damit auch ein neues Selbstverständnis der Kirche: das Schwergewicht steht nicht mehr bei der Kirche als Institution, die hierarchisch organisiert ist, sondern bei der Gemeinde, das heißt bei der Basis. Demzufolge strebt die Kirche nicht mehr nach Macht und Ansehen, sie ist ein Ort der Begegnung für alle.

Insofern kann man in dieser Form von "Basisgemeinden" auch ein Beispiel sehen für die Kirche von morgen.

2. Die diakonische Arbeit

Ohne Zweifel ist die diakonische Arbeit -wegen ihres Umfangs und ihrer Wichtigkeit für die Gesellschaft- der Aktivitätsbereich der Kirche, den der Staat am ernstesten nimmt.

1) Der Umfang der diakonischen Arbeit der Kirche.

1980 waren insgesamt 15'700 Mitarbeiter in den Werken und Einrichtungen des Diakonischen Werkes beschäftigt.

Schon ziemlich früh wurde der Akzent auf die Betreuung der Behinderten und alten Menschen gesetzt. Heute gibt es in der DDR:

- 105 Heime für geistig und körperlich Behinderte mit 5'400 Plätzen
- 273 Feierabend- und Altenpflegeheime mit 11'000 Plätzen

Außerdem gibt es noch:

- 48 Krankenhäuser mit 6'600 Betten
- 279 Kindertagesstätte und Kinderkrippen mit 11'800 Plätzen
- 19 Kinderheime mit 670 Plätzen

Für die Mitarbeiter und Gemeindemitglieder sind noch zu erwähnen:

- 25 Wohnheime für Schwester
- 40 Internate
- 120 Erholungs- und Rüstzeitsheime
- 11 Hospize und Übernachtungsheime

2) Eine wichtige Rolle für die Gesellschaft

Fast von Anfang an wurde die diakonische Arbeit der Kirche in das staatliche Gesundheits- und Sozialwesen eingeplant. Es wurde anerkannt, daß in diesem Wirkungsfeld die Christen eigene Verantwortung unmittelbar übernehmen und konkret mitarbeiten können.

In der Arbeit mit und an behinderten Menschen leistet die Kirche

eine notwendige Hilfe an Menschen, die, in der DDR wie auch anderswo, von der Gemeinschaft der "Gesunden" weithin ausgeschlossen sind. Das gilt auch, was die alten Menschen betrifft.

Ausserdem bekommen alle Behinderten eine "Förderpflege", das heißt, daß man davon ausgeht, daß alle irgendwie zu rehabilitieren sind. Insofern verstehen sich die Pfleger als "letztes Glied im Bildungssystem".

Was die Krankenhäuser betrifft, so besteht eine sehr gute Kooperation zwischen staatlichen und kirchlichen Krankenhäusern. Seit 1980 haben die evangelischen Krankenhäuser eine eigene Rahmenkrankenhäuserordnung, in der ausdrücklich steht, daß sich ein evangelisches Krankenhaus als ein Haus der Kirche versteht, das neben der bestmöglichen medizinischen und pflegerischen Versorgung eine möglichst ganzheitliche Betreuung kranker Menschen zum Ziel hat.

Ein Problem stellt sich heute der Diakonie in der DDR: Wegen der sinkenden Zahl der Gemeindemitglieder gibt es jetzt innerhalb der Diakonie immer mehr Mitarbeiter, die keine oder kaum eine Verbindung zur Kirche haben, aber gerne in ihrem Bereich arbeiten wollen, zumal sich für einige von ihnen die Arbeit dort mit der Vorstellung eines gewissen politischen Freiraums verbindet. Das stellt das Problem ihrer Qualifizierung und des Selbstverständnisses der diakonischen Arbeit als Träger des missionarischen Auftrags der Kirche.

3. Die Jugendarbeit

Die offene Jugendarbeit hat sich sehr entwickelt, besonders in den Großstädten. Die rasche Entwicklung einer Stadt und ein riesiges Neubauprogramm der Regierung, wonach 1990 der Wohnungsmangel gelöst werden soll, bringen viele neuen Probleme mit sich, besonders für Jugendliche. Sie haben meistens keinen Ort um sich zu treffen, weil die Kulturclubs nach den Hochhäusern gebaut werden, oder weil sie überhaupt nicht für die Bevölkerungszahl ausreichen. Die Freizeitbeschäftigung ist also mager. Die Kirche versucht seit vielen Jahren, diesen Jugendlichen Raum zur Verfügung zu stellen, wo sie sich treffen können. Öfters versucht der Diakon der Gemeinde dabei zu sein. Zunächst kommt es aber darauf an, diesen Freiraum und diese Räume anzubieten. Langsam fängt man dann an zu versuchen, ein Gruppengefühl und eine Kerngruppe zu bilden, die dann auch für die "Technikas" verantwortlich ist. Es wird auch versucht, ein paar Ordnungsregeln demokratisch zu bestimmen, die dann verbindlich bleiben.

Wenn das Alles bis dahin geklappt hat -was nicht immer der Fall ist, versucht der kirchliche Mitarbeiter in einer zweiten Etappe, die Treffen auch inhaltlich zu gestalten, oder besser gestalten zu lassen Gesprächsthemen, Spiele, Kultur, andere Leute einladen usw., manchmal auch etwas über die Bibel. Das Ziel der Arbeit ist nicht unbedingt die Aufnahme in die Kirche. Solche Arbeit dehnt sich oft über Monate, Jahre hinaus und ist öfters von vornherein neu anzufangen. Diese Arbeit der Kirche wird von vielen Eltern sehr verdächtig angesehen. Manche Eltern wissen überhaupt nicht, daß ihr Kind "zur Kirche" geht. Aber bisher sind die Reaktionen insgesamt sanft gewesen. Mehr Problem bietet eine Spezialform dieser Arbeit, nämlich die Betreuung von "Punkers". Das Bedürfnis der Jugendlichen besteht hauptsächlich um den Raum; für die Stimmung sorgen sie selber! Ein Radiogerät oder ein Kassettenrekorder reicht aus. Das ist öfters nicht so reizend für eine Gemeinde, solche Leute aufzunehmen. In der DDR ist es aber eben so, daß die Punkers im kirchlichen Raum Platz finden. In Berlin z.B. wurde für die Silvesternacht ein Gottesdienst für Punkers veranstaltet. 400-500 Jugendlichen kamen, und störten den Gottesdienstablauf -und die Nachbarn- in dem Maße, daß die Polizei kommen mußte! Dieses Beispiel zeigt deutlich die Grenzen solcher Arbeit! Nicht jedermann kann mit Punks richtig umgehen. Ausserdem sehen staatliche Behörden diesen Versuch nicht so gern, weil die Punks ein Verhalten haben, das als "asozial" bezeichnet wird, was "kriminell" gleichkommt. Das ist nicht die Aufgabe der Kirche, die Gesellschaft von ihren kranken Gliedern zu heilen, sagen sie. Es ist klar, daß die Punks eine Anfrage an das Erziehungssystem der DDR sind, und das ist ein schwieriges Thema zwischen Regierung und Kirche. Seitdem ist auch die Kirche zurückhaltend, sie sieht sich auch mit diesem Problem überfordert.

Eine Arbeit, die sich mit Randgruppen der Gesellschaft auch beschäftigt, ist die Betreuung von Homosexuelleⁿ und Lesben. Dieses Thema ist neu, und die Arbeit noch an ihren ersten Ansätzen. Dennoch wird im Moment viel darüber diskutiert in der Kirche. Es kommt erstmals darauf an, Informationen zu verbreiten, um Vorurteile und Unkenntnisse abzubauen. Die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts macht natürlich das Thema sehr empfindlich. Die Gestzen der DDR sind auch noch unter einem diskriminierenden Einfluß entstanden. Jedenfalls scheint der Staat auch an diese Frage interessiert, und auf die Mitarbeit der Kirche aufgeschlossen zu sein.

Abschliessend für diesen Punkt möchten wir zwei Bemerkungen machen:

- Daß es der DDR-Kirche gelingt, den Kontakt mit der Jugend zu behalten, muß erwähnt werden, besonders im Hinblick auf die Situation unserer Kirchen ! Es ist aber nicht zu übersehen, daß es auch ausserkirchliche Gründe dafür gibt, daß so viele zur Kirche gehen, nämlich die Suche nach einer anderen Stimme oder Meinung als die offizielle, oder das Bedürfnis nach Wärme in einer sonst kalt funktionierenden Umwelt, oder der Wille, andere Informationen zu bekommen, oder der Wunsch, daß sein persönliches Engagement mehr respektiert wird.

- Diese Einschränkung deckt eigentlich ein altes, heute wieder viel diskutiertes Problem der DDR-Kirche: die Frage der Kirchenmitgliedschaft. Wer gehört zur Kirche und wie kann man es verifizieren? Ich möchte es hier nur andeuten, wir werden am Schluß darauf zurückkommen: die meisten Jugendlichen, die zur Kirche kommen, sind meistens an die Aktivitäten der Kirche interessiert, die eine alternative Stimme zum offiziellen Reden darstellen, d.h. Friedens- und Umweltsarbeit. Ausserdem sind sie meistens nicht getauft und bezahlen keine Kirchensteuer. Das wirft die Frage auf, nach dem Verhältnis der Kirche mit engagierten oder ungetauften Leuten.

4. Friedensarbeit und Umweltbewußtsein.

Es wurde diesen letzten Jahren in den westlichen Ländern viel von einer "unabhängigen Friedensbewegung" in der DDR geredet, und von der besonders wichtigen Rollen der Kirchen dabei. Wir können hier nicht die ganze Geschichte dieser Affäre aufrollen. Wir müssen uns beschränken auf die wesentlichen Aktivitäten der Kirche in der Frage der Erhaltung des Weltfriedens und des innergesellschaftlichen Friedens der DDR, sowie auf ihre Umweltsarbeit.

- Was die Erhaltung des Weltfriedens angeht, können wir an die klare Verurteilung jeglicher neuen Raketenstationierung in Europa erinnern.

- Die Kirche als gesellschaftliche Gruppe hat sich aber noch mehr um den innepolitischen Frieden gekümmert. Ihre Arbeit greift zu den 50^{er} und 60^{er} zurück, wurde aber erst nach 1978 bekannter. Denn 1978 beschloß die Regierung, einen Wehrkundeunterricht in der 9^{er} und 10^{er} Klassen einzuplanen. Dieses Fach (8 Stunden pro Jahr + 2 Wochen Zivilverteidigungslager) soll den Kindern die Notwendigkeit der Verteidigung des Sozialismus beibringen, sowie einige technische und sportliche Einführungen einschliesse; die Kirche versuchte, den Staat von diesem Projekt abzuraten, vergeblich. Sie sah in diesem Fach eine Erziehung zum Haß und Freund-Feind

Denken, und beschloß, ein Gegengewicht zu schaffen, indem sie ein Programm "Erziehung zum Frieden" aufstellte, das aus Gemindetagen, Friedensseminaren, kirchlichen Veranstaltungen, Gottesdiensten, Friedensdekaden, usw. besteht. Dieses Programm bekommt einen ziemlich großen Erfolg. Für die Friedensdekade z.B. - 10 Tage im November wo die ganze Gemeindefarbeit dem Frieden gewidmet ist - ließ sie auch Plaketten und Aufnäher herstellen, mit dem Satz aus dem Prophet Micha "Schwerter zu Pflugscharen", und eine Abbildung eines Denkmals, das vor dem UNO-Gebäude in New-York steht, das das selbe Thema darstellt. Durch eine gut organisierte Kampagne der westlichen Medien wurde dieses Aufnäher als Symbol der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR dargestellt, was falsch war. Richtig in dieser Sache ist, daß dieses Zeichen einen Identifikationsprozeß besonders bei der Jugend auslöste, wo das Ideal von Gewaltlosigkeit die konkreten Pflichten der Schüler mit dem neu eingeführten Wehrunterricht und manch propagandistische Formulierungen der Partei total widersprach. Der Schneeballeffekt des Westfernsehens brachte die Regierung dazu, dieses Symbol zu verbieten, was dann die Kirche ihrerseits einsah. Inzwischen ist dieser Konflikt so gut wie ausgefallen. Was die Kirche mit ihrer Arbeit zu tun versucht, ist nicht einfach: sie möchte manch kampfartigen Ausdrücken und manche harte Umgangsformen der staatlichen Behörden mit der Bevölkerung widerlegen, ohne dabei in den Verdacht zu geraten, sie wolle der Regierung Widerstand leisten, und sie möchte die Bevölkerung auf die Wichtigkeit der Friedensfrage aufmerksam machen, besonders auf die Hindernisse für ein friedliches Miteinander umgehen. Dabei möchte sie auch die innenpolitischen Maßnahmen und Strukturen in der DDR nennen, die so was schwierig oder unmöglich machen. Das Problem ist, daß sie in der Gefahr ist, mißbraucht zu werden, von Leuten die nur ausreisen wollen, oder die DDR-Regierung überhaupt nicht respektieren. Unter dieser Spannung ist es verständlich, daß es manchmal zu Nervosität seitens des Staates kommt. Die jetzige Lage macht es fast unausweichlich, daß Mißverständnisse entstehen. Sie sind aber bisher immer schnell geklärt worden, und es gibt keinen Grund, daß es anders weitergehen sollte.

Ein anderes gesellschaftliches Problem, wo die Kirche eingestiegen ist, ist das Ökologieproblem.

Der Industriestaat DDR steht heute bei diesem Problem in einem schweren Widerspruch: einerseits sind Schutzmaßnahmen gegen ein unkontrolliertes Ausbeuten der Natur in den Gesteinen verankert, an-

dererseits aber, wegen der Kosten einer umweltfreundlichen Technologie, kann sich die DDR kaum leisten, diese neuen Technologien zu benutzen. Sie hat sich in letzter Zeit aber mit der BRD in Verbindung gesetzt, um gemeinsame Maßnahmen zu treffen. Das größte Problem, wenigstens das Auffälligste, ist das von dem sauren Regen verursachte Waldsterben.

Die Kirche versucht schon seit Jahren auf das Problem aufmerksam zu machen. Auch da wird eine große Informationsarbeit geleistet. Aktionen wie z.B. Bäumch^{en}pflanzen sind auch inzwischen -wegen des Lutherjahres!- fast eine Banalität geworden. Dieses Problem macht die Bevölkerung noch mehr betroffen als die Friedensfrage; die Kirche erreicht auch damit ein anderes Publikum. Ausserdem ist es politisch nicht verdächtig, so daß das Echo groß ist. Es wird dabei auch an einer Lebensstilfrage angeknüpft : die DDR hat eine viel schwierigere ökonomische Entwicklung gehabt als die BRD, und es ist bekannt, daß es einige Produkte nur in geringem Umfang gab. Diese Periode ist jetzt vorbei, was den normalen Konsum angeht. Die DDR hat sogar den höchsten Wohlstand unter den sozialistischen Ländern erreicht, und ihre Bürger sind stolz darauf und genießen das. Viele Stimmen erheben sich jetzt aber, darunter auch in der Kirche, daß die Bevölkerung einige Essengewohnheiten ändern sollen, besonders den unwahrscheinlichen großen Fleischkonsum. Überall wird eine ganze Menge verschwendet. Das hängt teilweise damit zusammen, daß die Preise für Grundnahrungsmittel, für Gas, Strom oder Heizung sehr niedrig sind, so daß die Leute nicht aufpassen brauchen. Gegen diese Konsumhaltung versucht die Kirche zu kämpfen, indem sie an wichtigere Werte als den Konsum erinnert, oder an Alternativmöglichkeiten. Eine Initiative der Kirche hat z.B. großen Erfolg, sie heißt "Mobil ohne Auto": einmal pro Jahr wird dazu aufgerufen, das Auto in der Garage zu lassen, und das Fahrrad zu benutzen. Mittlerweile haben kirchliche Amtsträger - darunter ein Bischof- öffentlich erklärt, daß sie auf das Auto verzichten wollen, und nur öffentlich Verkehrsmitteln benutzen. Das Ziel dieser Kampagnen ist nicht zu zeigen, daß der Staat nur schlechte Ideen hat, sondern daß das Leben nicht mit dem Konsum oder dem Auto erfüllt ist. Das behaupten die Marxisten auch !...

Schlußwort

Mit diesen Beispielen möchten wir nicht den Eindruck erwecken, als ob die Kirche der DDR die Beste der Welt sei, daß nur sie etwas für den Frieden oder die Umwelt tut, oder daß die DDR-Regierung etwas von der Kirche lernen sollte, wie man es richtig macht!, überhaupt nicht! Wir wollten einfach über die Arbeit und Situation der Kirche heute berichten. Über staatliche Initiativen oder Vorhaben wäre viel länger und differenzierter zu berichten. Zwischen Staat und Kirche geht es immer um Mitarbeit, um Mittragen von Verantwortung. Die Kirche hat das Bedürfnis, sich von staatlichen Maßnahmen abzugrenzen, nicht nur in der Friedensfrage. Der Staat respektiert es, weil es von der Kirche nicht als Konkurrenz oder Subversion gemeint ist. Beide wollen die Entspannung fördern, wobei der Staat allein entscheidet, wie diese Entspannung politisch aussehen soll. Und die Kirche respektiert das.

Eine zweite Bemerkung ist noch zum Schluß zu machen. Wie wir schon mehrmals angedeutet haben, befindet sich die Kirche in der DDR in einer Zwischenphase: sie ist nicht mehr Volkskirche, weil sie nur noch einen geringen Teil der Bevölkerung vertritt, aber besitzt noch weiterhin volkshkirchliche Züge und hat noch keine feste Strukturen gefunden, die ihrem Charakter als Minderheitskirche entsprechen.

Der Konfirmandenunterricht zum Beispiel geschieht für unsere Begriffe in optimalen Bedingungen, denn die Kinder, die daran teilnehmen, sind meistens dafür wirklich interessiert: es wird kaum oder kein Druck über sie geübt, wie bei uns, damit sie sich konfirmieren lassen. Aber der Widerspruch taucht an einer anderen Stelle auf: wenn in manchen Gemeinden Kinder zum Abendmahl zugelassen werden, dann nehmen die Konfirmanden diese Möglichkeit nicht wahr, weil sie es bevorzugen, erst nach der Konfirmation zum ersten Mal das Abendmahl zu bekommen. Es entsteht dann die absurde Situation, daß 6-jährige am Abendmahl teilnehmen, während die Konfirmanden brav vorne sitzen bleiben!

Die Konfirmation hat aber nur noch einen Sinn, wenn Kindertaufen die Regel sind (also in einem Kontext der Volkskirche), was in der DDR noch weithin der Fall ist.

Die tägliche Arbeit eines Pfarrers ist voll von solchen kontrastreichen Situationen: einerseits hat er mit Hauskreisen zu tun,

wo die Leute weder getauft sind noch den Gottesdienst besuchen, sich aber für Glaubensfragen und Bibellektüre interessieren, andererseits wird er noch oft gebeten, Menschen kirchlich zu bestatten, mit denen er nie zu tun hatte, aber deren Familien es für wichtig halten.

Einerseits hat er tolle Gesprächsmöglichkeiten mit Ehepartnern, die einen Gottesdienst zur Eheschliessung wünschen, wo aber ein von den beiden nicht oder noch nicht getauft ist, andererseits hat er nicht selten mit Eltern zu tun, die ihr Kind taufen lassen wollen, "weil man es macht".

Diese "Mischformen" bedeuten eine Herausforderung für die Kirche. Wie entwickelt sich ihr Selbstverständnis, wenn sie nicht mehr Volkskirche ist?

Diese Herausforderung wird auch an einer anderen Stelle konkret, und zwar im Bereich der sogenannten "offenen Arbeit" der Kirche. Diese offene Arbeit stellt nämlich das Problem der Kirchenmitgliedschaft. Wer gehört eigentlich zur Kirche und wie kann man es kontrollieren oder prüfen? Bei uns würde man sagen: mit der Taufe und den Kirchensteuern. Das sind auch die üblichen Kriterien in der DDR. Aber es gibt Probleme: die Menschen, die die Kirche durch ihre offene Arbeit erreicht, zum großen Teil Jugendliche, sind meistens nicht getauft und bezahlen auch keine Kirchensteuer. Dann, würde man bei uns antworten, gehören sie eben nicht zur Kirche.

Das ist aber nicht so einfach, weil diese Kriterien, Taufe und Steuer, normale Kriterien in einer Volkskirche sind. Diese Jugendlichen würden in einer normalen Volkskirche nicht dazu gehören und wahrscheinlich auch nicht dazu kommen. Da aber die DDR-Kirche Minderheits- und missionarische Kirche ist, gehören sie zu dem Umfeld der missionarischen Kirche. Das Problem ist aber, daß diese Missionskirche keine entsprechende kirchenrechtliche Strukturen hat, sondern nur die volkskirchlichen.

Diese Frage kann vielleicht etwas haarsplitterig klingen. Sie gewinnt aber an Bedeutung, wenn man sie konkretisiert: diese Jugendlichen interessieren sich in der Kirche nicht für den Gottesdienst zum Beispiel, sondern für die Friedens- oder Umweltarbeit. Sie sind für diese Probleme oft viel engagierter als der Pfarrer. Diese Arbeitsfelder sind aber traditionell nicht von der Kirche be-

handelt worden. Das sind gesellschaftliche Fragen, die der Staat regelt. Es sieht aber folgendermassen aus: junge Leute, die gar nicht zur Kirche gehören, gehen zur Kirche, nicht unbedingt, weil Christus ein interessanter Mensch war, sondern weil die Kirche die einzige nicht-staatliche Organisation ist, in der gesellschaftliche Probleme angesprochen werden. Wie soll dann die Kirche reagieren? Es sind im Moment alles offene Fragen, die aber sicherlich der Kirche in der DDR noch lange zu schaffen geben werden.

August 1984

Mireille ud Serge Fornerod-Junod